

Medienmitteilung
Zürich, 18. Juli 2023

Medienmitteilung:

Die Radgenossenschaft fordert die Rücknahme der angekündigten Kürzung der Fördergelder für Jenische und Sinti

Der Bund will mit der Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2025-2028 die Fördergelder für Jenische und Sinti kürzen. Die Radgenossenschaft der Landstrasse, vom Bund unterstützte Dachorganisation der Schweizer Jenischen und Sinti, nimmt dazu wie folgt Stellung:

Die Beiträge des Bundes für Jenische, Sinti und Roma sollen gekürzt werden, um 7 Prozent über das Ganze betrachtet, im Vergleich einzelner Jahre um bis zu einer halben Million von 1,7 Millionen auf 1,2 Millionen. Das betrachtet die Radgenossenschaft als massive Kürzung. Es handelt sich im Budgetplan des Bundesamtes für Kultur um die einzige thematisch orientierte Kürzung, andere Beiträge sind stabil oder werden erhöht.

Das Bundesamt für Kultur erläutert gegenüber der Radgenossenschaft, die Kürzung betreffe jenen Teil des Kredits, der für den Bau von Halteplätzen vorgesehen gewesen sei. Mangels Nachfrage seitens von Kantonen und Gemeinden sei dieser Teil des Kredits in den vergangenen Jahren nicht ausgeschöpft worden und werde darum an den effektiven Bedarf angepasst.

Die Radgenossenschaft sieht diese Kürzung als unbegründet an. Die „Nachfrage seitens von Kantonen und Gemeinden“ ist keine Grösse jenseits der Bundespolitik, sie lässt sich anregen und fördern. Im Klartext heisst diese Kürzung, dass der Bund nachlassen wird in seinen Bemühungen, zu denen er gemäss Minderheitenschutzabkommen verpflichtet ist, nämlich beizutragen zur Schaffung von Stand- und Durchgangsplätzen und damit zum Schutz der traditionellen Lebensweise der anerkannten nationalen Minderheit der Jenischen und Sinti. Die symbolische Bedeutung dieses Rückschritts und die Wirkung auf die Öffentlichkeit ist verheerend. Kantonale Behörden und Kommunen werden denken: „Jetzt muss man mit den Plätzen sowieso nicht mehr vorwärtsmachen.“ Dabei müsste der Bund nicht nur die Schaffung neuer Plätze unterstützen, sondern auch die Sanierung bestehender und Instrumente zur Förderung des Spontanhaltes auf Privatland entwickeln.

Die Radgenossenschaft fordert, dass die Kürzung der Beiträge an die Jenischen und Sinti zurückgenommen wird.

Rückfragen:

Daniel Huber, Präsident der Radgenossenschaft, 079 662 58 21